

12. Parteikonstellationen und Beziehungsdynamiken: Strategische Pakte oder radikale Polarisierung?

In diesem Kapitel soll der Frage nachgegangen werden, wie sich im Kontext der synchronen organisationalen Genese, der systemischen Transformation und dem Ringen mit strategischen Gruppen die Aushandlungsprozesse, die vielfältigen Verbindungen, Bezugnahmen und Konflikte *innerhalb* der Opposition um die Neugestaltung der politischen Ordnung darstellten. Kurz: Im Fokus der Analyse stehen Parteikonstellationen und Beziehungsdynamiken zwischen den säkularen oppositionellen Parteien (vgl. Kap. III-9.2: Abb. 9) unter Berücksichtigung der Kriterien des SKOG-Ansatzes in seiner anerkennungstheoretischen Erweiterung sowie unter Berücksichtigung transformationstheoretischer Überlegungen hinsichtlich Bündnis- und Allianzbildungsprozessen (Kap. I-2.3.1, I-3.1).

Welche Mechanismen der Interessendurchsetzung oder Zurückstellung lassen sich identifizieren? Zum anderen soll analysiert werden, wie sich Kooperationen gestalteten, welche Allianzen geschmiedet wurden und welche Pakte zwischen oppositionellen Gruppen auszumachen sind? Auf diese Weise soll ein möglichst umfassendes Bild über die Beziehungen dieser Akteur*innen und deren Bemühungen um die Ausgestaltung des Transitionsprozesses gezeichnet werden.

Nicht zuletzt soll die Analyse eruieren, inwiefern ein gemeinsames Interesse zwischen diesen Gruppen erkannt und in Handlung übersetzt wurde, um die strukturellen Bedingungen im Ringen mit der Regimekoalition zu verbessern. Mechanismen der Interessendurchsetzung, aber auch der Interessenzurückstellung spielen dabei eine ebenso große Rolle, wie ideologische Konflikte sowie gemeinsame Repertoires und Allianzbildungen, um die herrschenden Gruppen unter Druck setzen zu können.

Gemäß Mouffes Verständnis einer Unüberwindbarkeit gesellschaftlicher Konflikte, werden Allianzen im Folgenden verstanden als institutionalisierte Kompromisse zwischen Gruppen, die temporärer Art sein *können*, um negative Prozessverläufe zu verhindern, indem der Wettbewerb zwischen Gruppen (inneroppositionell, aber auch zwischen Opposition und Regimekoalition) reguliert wird (Mouffe 2007; O'Donnell/Schmitter 1989: 37). In der Regel funktioniert ein solcherart eingegerter Wettbewerb am ehesten, wenn die Akteur*innen einsehen, dass sie al-

leine nicht über die Ressourcen und den Rückhalt verfügen, ihr »ideales Projekt« alleine durchzusetzen, wenn also ein »strukturelles Machtpatt« entsteht und sie sich dadurch gezwungen sehen, zu kooperieren. In der Netzwerkforschung werden diese Arten der Kooperation, die sich gut auf politische Kontexte übertragen lassen, als »strategische Netzwerke« bezeichnet (vgl. auch Kraetzschmar 2011: 295; O'Donnell/Schmitter 1989: 38; Schulte-Zurhausen 2005: 286; Sydow 1995: 60).¹

Voraussetzung für die Entwicklung von Kompromissfähigkeit von Parteien und institutionalisierten Gruppen ist ein gewisser Grad von Geschlossenheit und innerer Konsolidierung, so dass die Entscheidungsfindung in solchen Fragen zu einem positiven Ergebnis führen kann. Die Analyse wird zeigen, dass sich die schwache Konsolidierung der Parteien und die anhaltenden inneren Konflikte durchaus negativ auf die Verhandlungspositionen der einzelnen Akteur*innen einerseits und auf die Resultate der Aushandlungsprozesse andererseits ausgewirkt haben und im Ergebnis von einer »Scheindemokratie« gesprochen werden kann, »in der die grundlegenden Machtverhältnisse und Herrschaftspraktiken unverändert bleiben« (Schubert et al. 1994: 101).

Die Darstellung der Analysen in den folgenden Kapiteln folgt der Idee, dass zunächst die säkularen Akteur*innen Verhandlungen führen und aufeinander Bezug nehmen (Kap. IV-12.1). Erst in Kapitel IV-13 wird auf das Ringen eingegangen, das sich zwischen ihnen, SCAF und Muslimbruderschaft entfaltete. Diese schematische Vorgehensweise soll aber nicht als Aussage über den zeitlichen Ablauf des Transitionsprozesses missverstanden werden, sondern lediglich die Darstellung und Interpretation des politischen Prozesses erleichtern. Prozesse des Ringens (*contention*) mit dem Regime als auch Prozesse der intraoppositionellen Aushandlung und institutionelle Neujustierungen verliefen im gesamten Untersuchungszeitraum parallel. Die große Ereignisdichte im Untersuchungszeitraum nötigt die Analyse zur punktuellen Hervorhebung und Beschreibung einzelner Ereignisse zur Veranschaulichung des Transitionsprozesses. Der gesamte Verlauf des Transitionsprozesses kann und soll nicht Gegenstand der Analyse ein.

1 Dieses Machtpatt kann allerdings zu einer langfristigen Blockade des politischen Systems führen – wie das Beispiel des Libanons zeigt. Deswegen sind weitere Faktoren zu berücksichtigen, die das sogenannte strukturalistische Machtpatt in ein produktives Patt verwandeln: Die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur, die im vorangegangenen Kapitel angesprochene politische Subjektivierung bzw. Sozialisation oder auch die Entwicklung eines Staatsbürgerethos, das aus Untertanen mündige Bürger macht.

12.1 Die Bündnisfähigkeit säkularer Parteien

In Kapitel I-2.3.1 wurden verschiedene Formen von Allianzen und Kooperationen jeweils eigenständiger Partner in Transitionen vorgestellt: Kriterien für Allianzen sind deren Dauer, Ziele, Beständigkeit und der Grad der Formalisierung. Inhaltlich können Allianzen und Kooperationen schwerpunktmäßig auf einzelne (Sach-)Themen ausgerichtet sein (*single issue*) als auch auf mehrere (Sach-)Themen fokussieren (*multiple issue*) (Kraetzschmar 2011: 294ff.). Diese Kooperationen sind strategischer Natur. Sie werden eingegangen, um Spaltungstaktiken des Regimes zu begegnen, der konzentrierten diskursiven und materiellen Gegenmacht der herrschenden strategischen Gruppen etwas entgegensetzen zu können oder knappe Ressourcen zu bündeln. Auch das Repressionsrisiko verringert sich durch Zusammenschlüsse, da die Konfliktfähigkeit durch Bündnisse gesteigert wird. Zugleich stellen sie glaubwürdige Alternativen für kleine und mittlere Parteien dar.

Kapitel IV-11 hat gezeigt, dass die Vernetzung und Konsolidierung der *einzelnen* Akteur*innen sowohl von organisationalen als auch ideologischen Faktoren abhing und viele Konflikte die Konsolidierung hemmten. Dies wirkte sich auch auf die Bündnisbildung der Akteur*innen aus. Auch die Bündnisbildungsprozesse sind sowohl von organisationalen Kapazitäten der Akteur*innen abhängig als auch von ideologischen Konstellationen und einer damit zusammenhängenden Kompromissbereitschaft, Konflikte in eine agonale Sphäre zu transferieren, wo sie zumindest (temporär) eingehegt werden.

Viele ideologische Konflikte zwischen möglichen Partner*innen prägten das Geschehen. Die Ablehnung anderer Parteien war selten total, vielmehr begrenzte sie sich auf bestimmte Aspekte der Organisation, ihrer Ideologie, Machtkonflikte oder in manchen Fällen Sachfragen (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 69). Das ist dahingehend instruktiv, als gerade ideologische Konflikte um die künftige Ausgestaltung der Gesellschaft im Fokus des Interesses dieser Akteur*innen stehen, so die Annahme.

Exemplarisch für einen solchen Konflikt um die Anerkennung des politischen Gegners und die Frage, ob die eigene Partei mit diesem zusammenarbeiten könne, ist der Konflikt innerhalb der Sozialistischen Volksallianz über die Positionierung gegenüber der moderat-konservativen Partei Starkes Ägypten des ehemaligen prominenten Mitglieds der Muslimbruderschaft Abdel Moneim Abul-Futuh:

»Also zum Beispiel ein Bündnis mit ›Starkes Ägypten‹, der Partei von Abul-Futuh. Das war immer, immer ein Streitpunkt bei uns. Ist das eine Partei, mit der man sich verbünden kann oder nicht? Jemand wie ich und die meisten aus der Sozialistischen Erneuerung denken, ja, man kann sich mit dieser Partei verbünden, weil viele ihrer Mitglieder ehrenvolle Menschen und nicht korrupt sind. Gesellschaftlich steht sie uns näher, als andere säkulare Parteien. Denn sie hat in weiten Teil-

len ein linkes Programm, wirtschaftspolitisch etc. Und die Partei nimmt Anteil an sozialistischen Angelegenheiten, an Gewerkschaften und den Dingen der Arbeiter*innen. Konservative Elemente sind vorhanden, aber sie haben keine große Auswirkung. Das ist normal, es sind Leute, die bei den Muslimbrüdern waren, ihre Natur ist konservativ und das ist normal. Meiner Meinung nach spielt das aber eher für ihren [persönlichen] Charakter eine Rolle, als für ihr politisches Denken. Also sie wollen keine Scharia, aber ihrer Natur nach sind sie konservativ.« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 78)

Ideologische Unterschiede sind vorhanden, aber es wird der Versuch unternommen, die politischen Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen, so dass ein Kompromiss in der Bündnisfrage möglich wird. Dass dies in der Partei umstritten war, ist plausibel. Ideologische Konfliktlinien zwischen konservativen Akteur*innen und säkular-linken sind zu erwarten und werden auch nicht durch eine Ausnahme-situation, wie ein Transitionsprozess es ist, einfach verschwinden.

Andererseits gab es ideologische Konflikte mit der nasseristischen Partei Tagammu, von der viele ehemalige Mitglieder sich nun bei der Volksallianz fanden (Ibrahim 2011; Teti 2011: 13). Der Hauptkonflikt drehte sich auch hier um die Positionierung gegenüber islamischen Akteur*innen und behinderte die Ausbildung einer politischen Identität, wie bereits gezeigt wurde (vgl. oben Kap. IV-10.4). Dies führte zwischen der Volksallianz und der Tagammu immer wieder zu heftigen Streitigkeiten, die darin gipfelten, der Tagammu Verrat vorzuwerfen und ihr somit die Anerkennung als legitime Partei und Partner innerhalb der Volksallianz abzusprechen (»Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass sie [Tagammu] ein Teil des Sicherheitsapparats ist«) (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 40; 64). Das Parteibündnis zerbrach und die Tagammu wandte sich in der Folge anderen, liberalen Parteiateur*innen zu, um mit ihnen zu kooperieren (Teti 2011: 16).

Wenig überraschend wurde die Partei der Freien Ägypter, eine neoliberale, patriotisch-nationalistische Partei, aufgrund ideologischer Differenzen rundweg von der Sozialistischen Volksallianz abgelehnt. Ein Bündnis mit ihr kam nicht in Frage: Zwar würde die Partei die Rechte von Christ*innen und Frauen stärken wollen, aber grundsätzlich sei es eine »kapitalistische und staatsnahe² Partei«, was sich nicht mit den sozialistischen Grundsätzen der Partei vertrage (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 78). Auch eine vorübergehende, taktische Zusammenarbeit, um die gemeinsamen Ressourcen zu erhöhen und somit die Möglichkeitsstrukturen zu erweitern, lehnte die Sozialistische Volksallianz aufgrund ideologischer Unvereinbarkeiten ab.

2 Staatsnah ist in diesem Zusammenhang synonym zu regimenah zu verstehen.

Die hier zutage tretenden ideologischen Konfliktlinien zwischen eher liberalen und linken Kräften sind in der Geschichte Ägyptens nichts Neues und müssen als Neuauflage der Rivalität zwischen der alten, liberalen Wafd-Partei und der linken Tagammu-Partei interpretiert werden:

»Also war der allgemeine Eindruck, dass die Partei der Freien Ägypter den Platz der Wafd-Partei einnehmen würde, weil die Wafd-Partei vergreist war und keine Verbindung mehr hatte [zum ›Volk‹] und noch immer die Erfahrungen des Jahres 1919 [ägyptische Unabhängigkeit] und der 1930er und 1940er Jahre als Referenzpunkt hat, was nichts mit der Realität zu tun hat, in der wir leben und das ist eine große Katastrophe.« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 5)

Das politische Denken verblieb nach der Revolution bekannten Pfaden verhaftet und artikuliert sich lediglich in neuem organisationalen Gewand (strukturell, institutionell) (vgl. dazu insbesondere die Übersicht bei Croissant 2015: 535; vgl. auch Pridham 2000a). Denn sowohl Sozialistische Volksallianz als auch die Freien Ägypter sind neue Organisationen, die personell unabhängig von den Vertretern der alten Parteien sind, aber im Parteiensystem ähnliche Positionen einnehmen wie ehemals Wafd und Tagammu.

Auch war eine (ablehnende) Konkurrenz zwischen etablierten und neuen Parteien auszumachen, die sich nicht so sehr an parteipolitischen Rivalitäten ablesen ließ, denn an der Art, Politik zu betreiben:

»Sie [alte Parteien] wollten keine neuen Parteien, damit sie nicht bloßgestellt werden, denn es gibt viel Korruption in der Gesellschaft, die die meisten Parteien erfasst. Um eine neue Generation hervorzubringen, mit neuen Ideen, einem bewussten Verstand, neuer Kultur – das würde einen neuen Raum schaffen, in dem sie nicht leben können.« (Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 9)

Im politischen System Ägyptens erfüllten die Parteien nicht nur für die Systemstabilisierung notwendige Leistungen, sondern sie waren im Herrschaftssystem privilegierte Organe, denen durch ihre Loyalität zu Mubarak Renten in Form von Macht, materiellen Ressourcen und bis zu einem gewissen Grad auch politische Freiheiten gewährt wurden. Der Fall des Parteienverbots im Frühjahr 2011 brachte nicht nur neue Akteur*innen auf die politische Bühne, sondern gefährdete die Privilegien der Altparteien und der von ihnen klientelisierten Klassen. Die politische Frage in Ägypten war offensichtlich zugleich eine Klassenfrage, die den überkommenen autoritären Sozialkontrakt des Mubarak-Regimes in Frage stellte und den unkontrollierten Zugriff auf die Reichtümer des Landes durch die herrschenden Eliten gefährdete (Bayat 2017: 21; Harders 2011).

Dies war bereits bei der Mobilisierung zu den Protesten auf dem Tahrir deutlich geworden. Die angesprochene Korruption der Altparteien und deren Ablehnung

durch neue Akteur*innen spiegeln einen Verteilungskampf um die knappen Ressourcen des Landes wider. Die Verflechtungen zwischen Kapital, Medien und Politik sind weitreichend, vorhandene Verbindungen werden eingesetzt, um den politischen Gegner zu marginalisieren (Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 7; El Tarouty 2015). Die radikale Ablehnung des politischen Gegners in einem solchen System erscheint daher fast zwangsläufig, Bündnisse zwischen alten und neuen Parteien sind auch wegen des möglichen Legitimitätsverlusts neuer Akteur*innen in einer solchen Allianz kaum vorstellbar (Bayat 2017: 19).

Ein weiteres Element, das bereits bei der Konsolidierung von Parteien eine Rolle spielte und als weicher Faktor in der Bündnisbildung benannt werden muss, ist die mangelnde Erfahrung der Akteur*innen, die in diesem Zusammenhang eine erhebliche Rolle bei ihrer Selbstwahrnehmung spielte (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 70). Dies konnte dazu führen, dass fatale Fehleinschätzungen hinsichtlich politischer Richtungsentscheidungen getroffen wurden, die den gesamten weiteren Transitionsprozess beeinflussten.

So führte der Streit um gemeinsame Listenplätze in einer Wahlallianz dazu, dass die schnell wachsende Gerechtigkeitspartei alleine zu den Parlamentswahlen 2011/2012 antrat und keinen Sitz über die Listen erringen konnte (Abed Rabbo 2011: 4). Der vordergründige Streit um die Verteilung von aussichtsreichen Listenplätzen in einem etwaigen gemeinsamen Wahlbündnis wurzelte allerdings im umfassenden Vertretungsanspruch der Gerechtigkeitspartei, der mit einer Ablehnung des Vertretungsanspruchs anderer Parteien verknüpft war. Dies resultierte aus der Überzeugung der Gerechtigkeitspartei, »die stärkste Kraft in den Straßen« zu sein (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 78). Allerdings fand dieser Anspruch keine programmatisch-inhaltliche Entsprechung. Es blieb ein hohler Slogan, dessen mangelnde politisch-ideologische Unterfütterung rasch zum faktischen Zerfall der Partei führte. Das Beispiel der Gerechtigkeitspartei bestätigt auf deutliche Weise, wie Neue Parteien (*novice parties*) aufgrund struktureller Defizite in der Bedeutungslosigkeit verschwinden können.

12.1.1 Formale Wahlbündnisse und dauerhafte Allianzen

Allianzen werden im Sinne eines relationalen Verständnisses sozialer Beziehungen zu keinem Zeitpunkt als fest betrachtet, sondern bilden – mit Poulantzas gesprochen – »[die] materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses«, das ständig neu bestimmt wird (Poulantzas 2017 [2002, Erstausgabe 1978]: 119). Das Ringen der Parteien um Macht und Einfluss, das in den Verhandlungen und Aussagen über diese Bündnisse artikuliert wird, wird in den folgenden Ausführungen als Ringen

um die richtige Organisation von Konsens gelesen³, als Ausdruck einer sich neu konstituierenden, nichtstaatlichen Öffentlichkeit, die in ihrer Form aber noch unbestimmt ist (Kebir 1991: 53).

Im Prozess des Ringens in einer turbulenten Umwelt, die die Konsolidierung der Akteur*innen hemmt, scheint ein strategisches Bündnis notwendig, um ein übergeordnetes und gemeinsames Ziel politisch durchzusetzen, was aufgrund »fehlender Ressourcen nicht möglich wäre« (Schulte-Zurhausen 2005: 286).

Die konfliktfähigen, oppositionellen Gruppen füllen in Form von neuen Parteiatektur*innen sowohl funktionale als auch ideologische Leerstellen im neuen politischen System, die auf eine Partizipationserweiterung breiter gesellschaftlicher Teile abzielen. Pluralismus oder auch politische Vielfalt (*taaddudiya siyasiya*) als Chiffre für freie politische Betätigung, spielte in den Überlegungen der politischen Akteur*innen nach Mubarak eine große Rolle und verhinderte eine breite Bündnisbildung mit dem Argument, dass Blockbildungen nur das überkommene politische System imitieren würden und politische Freiheiten sowie Säkularismus nur durch politischen Pluralismus gewährleistet werden könnten. Dies kann als bewusster Versuch interpretiert werden, die bekannten Pfade der Organisation des politischen Systems zu verlassen. Die Alternative zu politischem Pluralismus hieß Krieg und Verheerungen wie in Syrien und Irak, eine Militarisierung der Proteste zu riskieren, wenn das Bedürfnis nach freier, pluraler, politischer Betätigung nicht erfüllt werde (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 103).

Es ist aus Sicht der Forschung schwierig, Ängste vor einem Scheitern der Integration divergierender politischer Interessen in einem Transitionsprozess zu ignorieren oder sie leichtfertig als naive politische Träumereien über einen irgendwie gearteten, nicht näher bestimmten absoluten Pluralismus abzutun. Die konkrete politisch-historische Situation der Jahre 2011-2013 war in hohem Maße von politischer Unsicherheit geprägt, ein typisches Charakteristikum politischer Transitionsprozesse; ein Abdriften in einen Bürgerkrieg schien in Ägypten von außen betrachtet weit weg. Jedoch deutet der Verweis auf Syrien und Irak (man könnte Libyen noch hinzufügen) stark darauf hin, dass Ängste vorhanden waren.⁴ Hin-

3 Die hier durchschimmernde Normativität der Analyse ist durchaus beabsichtigt und hebt auf den Anspruch von pluralen Demokratien ab, ebenso Arena des Konsenses als auch des konstruktiven Wettbewerbs zu sein. Das Adjektiv *richtig* deutet in diesem Zusammenhang auf eine Form agonaler Demokratie hin, in der Dissens nicht als a-normatives Ereignis gilt, sondern als integraler Bestandteil des politischen Prozesses, vgl. Westphal (2018).

4 Die mantraartige, einer Beschwörung gleichkommende, Wiederholung einer diffusen Gefahr durch Terrorismus vonseiten des Putschregimes von Abdel Fattah as-Sisi, der das Land ausgesetzt sei, zeigt, dass diese Ängste nicht nur vorhanden, sondern politisch instrumentalisiert wurden, um den Demokratisierungsprozess abrupt zu einem Ende zu bringen. Bei einem Feldaufenthalt im Sommer 2016 erlebte der Autor selbst, wie um den dritten Jahrestag des Putsches gegen die erste frei gewählte Regierung Ägyptens die Massen vom Regime

nebusch bestätigt diese Perspektive und weist darauf hin, dass im Lichte solcher Ängste, Demokratisierung als wenig wünschenswerte Option von Eliten und Mittelschichten in der NAWA-Region betrachtet wird: »Erst ökonomisches Wachstum, danach Demokratie«, sei deren Lösung, um einen Regimekollaps oder einen Bürgerkrieg zu verhindern (2006: 388).

Doch der von oppositionellen Akteur*innen angestrebte Pluralismus mündete in eine Fragmentierung der politischen Landschaft, das eingeforderte Beharren auf Eigenständigkeit zu einer organisationalen Schwächung der einzelnen Parteiakteur*innen, Wahlallianzen blieben flüchtig. Parteifusionierungen wurden z.T. mit Verweis auf die neu gewonnene Pluralität abgelehnt, z.T. angestrebt, aber mit Verweis auf fehlende legislative Bestimmungen wieder verworfen (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 60; vgl. Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 88). Das disparate, entstehende Parteiensystem (ca. 100 Parteien), das in erster Linie aus Bewegungsparteien und Neuen Parteien bestand, trug zu einer hohen Volatilität des politischen Wettbewerbs bei und verhinderte effektive und nachhaltige Bündnisbildung.

Temporäre Wahlallianzen waren folglich die häufigste Form von Bündnissen zwischen verschiedenen Parteien, die zum Teil unterschiedlichen politischen Lagern angehörten und entsprachen theoretischen Erwartungen zu inneroppositioneller Kooperation. Die Kriterien der Netzwerkforschung, wonach die Verbindungen in Netzwerkorganisationen nicht ständig aktiviert seien, die einzelnen Mitglieder über autonome Entscheidungsgewalt verfügten, keine zentrale Leitungsinstanz über den einzelnen Entitäten existierte, einseitige Kündigung von Vereinbarungen möglich sei sowie ein selbstständiges Weiterbestehen der Partner vorgesehen sei, wurden zwar in den drei großen Wahlblöcken »Ägyptischer Block«, »Die Revolution geht weiter« und »Demokratische Allianz« zumeist erfüllt (Schulte-Zurhausen 2005: 286f.) (Kap. IV-12.1.1.1).

Gründe für die oft nur kurze Lebensdauer von Wahlallianzen waren jedoch entweder interne Streitigkeiten, das Bedürfnis nach vollständiger Eigenständigkeit sowie kontinuierlicher Druck, Fragmentierung, Kooptation und Spaltung durch den Militärrat, der die Akteur*innen dazu zwang, den Großteil ihrer Ressourcen in die Tagespolitik zu investieren (Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 9). Langfristige Planungen blieben häufig auf der Strecke, wie bereits in anderen Zusammenhängen erörtert.

mittels patriotischer Slogans, unzähligen Fahnen im öffentlichen Raum und der auf allen TV-Kanälen sichtbaren Einblendung *War on Terror* mobilisiert wurden, vgl. Dunne/Williamson (2014); al-Arian (2014). Vgl. auch Mansfield/Snyder (1995), die bereits früh beschrieben, wie Regime in der NAWA-Region die nationalistische Karte spielen, um Demokratisierungsversuchen zu begegnen.

Sika bestätigt den Befund der Kooptation in ihrer Untersuchung zu Jugendprotesten in Ägypten: Die häufigsten Mittel, derer sich die Regimekoalition zur Fragmentierung einer Bewegung bedient, seien Kooptation und Repression und nicht, wie bisher in der Transformationsforschung angenommen, Konzession und Repression (2018).

Daneben versuchte das Regime Parteien und Gruppen zu infiltrieren, um Konflikte und Spaltungen zu schüren, die die Bündnisbildung erschweren würden (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 40; At-Tahrir 2011). Auf diese Weise verhinderte der SCAF eine weitere Konsolidierung der Parteien, verursachte Konflikte und schränkte sie so in ihrer Handlungsfähigkeit massiv ein (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 83; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 5; Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 31; Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 64). Er schürte gezielt Misstrauen zwischen den Akteur*innen. Dabei ging es um den (angeblichen) Eintritt von Geheimdienstlern, ehemaligen Funktionären der Staatspartei Nationaldemokratische Partei und Spitzeln in die neuen Parteioorganisationen (Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 7; Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 35; Ali 2011a; Bamyeh 2011; Carnegie Endowment for International Peace 2011c).

Der Dustur-Partei etwa wird von dritter Seite vorgehalten, dass mindestens 20 % ihrer Mitglieder Spitzel gewesen seien, die das Ziel verfolgt hätten, die Partei zur Implosion zu bringen. Der Muslimbruderschaft wird vorgeworfen, durch Infiltrationen an der Sabotage der Dustur-Partei beteiligt gewesen zu sein, da ihr Vorsitzender al-Baradei von vielen jungen Menschen als Hoffnungsträger betrachtet wurde und deshalb dem Machtanspruch der Muslimbruderschaft gefährlich werden konnte (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 96). Diese Behauptungen lassen sich ex post – etwa aus der Literatur – nicht klären; auch belastbare Beweise dafür wurden nicht gefunden, so dass sie als Platzhalterargumente betrachtet werden müssen, die das eigene organisationale Versagen der säkularen Akteur*innen in diesen Fragen kaschieren helfen sollen (Carnegie Endowment for International Peace 2012; El-Sherif 2014a).

Weitere Gründe für die Kurzlebigkeit von Bündnissen lagen in Machtkämpfen um die Verteilung der Posten und reflexhaften ideologischen Abwehrmechanismen (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 65; Samak 2011). Inhaltliche Debatten oder regulierter Streitaustrag um die Ausrichtung der Politik spielten nur eine untergeordnete Rolle:

»Aber das größere Problem war, dass diese Wahlbündnisse die gleichen Mängel hatten, wie die Parteien, d.h. die Bündnisse hatten keine deutliche politische Agenda, sie hatten kein deutliches Programm und auch keine deutliche Organisation. D.h. sie verbündeten sich ja, und gehen gemeinsam in die Wahlen; aber sie wussten nicht, wofür sie sich verbündeten, es gab kein deutliches Ziel für das Bünd-

nis, es gab kein politisches, wirtschaftliches Ziel. Du hattest eine sozialistische Partei, die sich mit einer kapitalistischen Partei, einer Jugendpartei [winkt ab]/das alles lief nach dem Motto: Wir schauen Mal!« (Interview – Think Tank Dustur, 2016: Absatz 90)

12.1.1.1 Wahlbündnisse: Ägyptischer Block, Die Revolution geht weiter, Demokratische Allianz

Die prominentesten und wichtigsten drei Wahlbündnisse, die anlässlich der ersten Parlamentswahlen 2011/2012 gegründet wurden, hießen *al-kutla al-misriya* (Ägyptischer Block), *ath-thawra mustamirra* (Die Revolution geht weiter) und *at-tahaluf ad-dimuqratiy min adschli misr* (Demokratische Allianz für Ägypten). Letztere wurde unter Führung der Muslimbruderschaft und Beteiligung einiger säkularer Parteien gegründet⁵ (Ahram Online 2011b, 2011c, 2011f; Ali 2011b; Gemeinder et al. 2011). Die in dieser Studie untersuchten säkularen Akteur*innen gehörten verschiedenen Wahlallianzen an: Die Sozialistische Volksallianz schloss sich dem mehrheitlich aus linken Parteien bestehenden Bündnis Die Revolution geht weiter an, nachdem es in der Partei zu schweren Konflikten darüber gekommen war, ob man sich nicht dem Ägyptischen Block anschließen solle (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 104; Jadaliyya 2011b):

»Einige wollten sich dem ›Ägyptischen Block‹ anschließen und andere wollten eine eigene Allianz aufbauen. [...] Das war eine zentrale Streitigkeit, es gab Debatten, aber am Ende gab es eine Abstimmung, in der die Mehrheit sich dafür entschied, dass man dem Bündnis ›Die Revolution geht weiter‹ beitrifft. Diejenigen, die dagegen waren, gaben nach dem Ergebnis [der Abstimmung] nach.« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 40)

Interessanterweise drehte sich der Konflikt, welcher Allianz sich die Partei anschließen solle, *vorwiegend* nicht um ideologische Standpunkte (ebd.: Absatz 78, 110) – dem Ägyptischen Block gehörten auch »liberale und kapitalistische Parteien« (ebd.: Absatz 104, vgl. oben Kap. IV-10.3) an – sondern um Fragen der Machtverteilung und die Intransparenz von Entscheidungsprozessen. Auch die Tatsache, dass dem Ägyptischen Block (angeblich) alte Kader der Nationaldemokratischen Partei angehörten, spielte in den Erörterungen eine große Rolle und führte zu schweren Konflikten (Jadaliyya 2011b).

Politik im kleinen Kreis, das Aktivieren von eigenen loyalen Klientelnetzwerken – oder Klüngel – sind hergebrachte Muster politisch-sozialer Organisation

5 Darunter die Partei der Würde (*hizb al-karama*) unter Führung des prominenten Politikers, Aktivisten und späteren Präsidentschaftskandidaten Hamdin Sabbahi sowie die Partei Das Morgen-Revolution (*al-ghad ath-thawra*) unter Führung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Ayman Nour, vgl. Abed Rabbo (2011: 3); vgl. Jadaliyya (2011c).

und wirken auch im Transitionsprozess auf institutionell-struktureller Ebene fort. Es sei bei der Aushandlung der Wahllistenplätze »etwas diktatorisch« zugegangen – der Personalismus des Mubarak-Systems wirkte fort – weil die »großen Leute, ältere Mitglieder [...] gemäß ihrer Kontakte an die Spitze der Wahllisten gesetzt [wurden], natürlich« (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 104):

»Anfangs ging die Tendenz dahin, sich dem bestehenden Bündnis ›Ägyptischer Block‹ anzuschließen und tatsächlich schlossen sich liberale und kapitalistische Parteien diesem Bündnis an, Sawires, die ›Freien Ägypter‹. Aber nach kurzer Zeit haben Leute herausgefunden, dass es Leute gibt, die die Listenplatzierungen untereinander auskungeln. [...] Es geschah überhaupt nicht auf demokratische Art und Weise. Aber das lief so ab, weil Du Wahlen hattest. [...] Sofort danach gab es eine Abstimmung darüber, ob wir ein neues Bündnis schmieden sollten. Daraufhin stimmten wir darüber ab und wir gründeten das neue Bündnis [die Revolution geht weiter].« (Ebd.)

Es wird sehr deutlich, dass es innerhalb der Sozialistischen Volksallianz Widerstände gegen diese Art der Politik und ihre Begründung mit Sachzwängen gab. Doch offen bleibt an dieser Stelle, warum die Volksallianz nicht versuchte, eine Lösung dieser Frage innerhalb des bestehenden Bündnisses zu erreichen. Zugleich spaltete sich in Folge dieses Konflikts die Tagammu von der Sozialistischen Volksallianz ab und trat als Einzelpartei dem Wahlbündnis Ägyptischer Block bei, dem auch die Freien Ägypter und die Sozialdemokratische Partei angehörten (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 49; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 66; Jadaliyya 2011b).

Der Tagammu ging es in erster Linie um eine Ablehnung und Marginalisierung der Muslimbruderschaft als organisierte politische Kraft in Ägypten. Dieses Ziel sah sie am ehesten in einem Bündnis mit beiden letzteren Parteien verwirklicht (Jadaliyya 2011b). Die Abgrenzung der Sozialistischen Volksallianz von der Muslimbruderschaft und ihrem Wahlbündnis Demokratische Allianz erschien der Tagammu-Partei nicht konsequent genug, die innerparteilichen Verhandlungen zu dieser Frage führten zu keinem konsensuellen Ergebnis und schließlich zur Abspaltung (ebd.).

Doch auch bei der Sozialdemokratischen Partei und den Freien Ägyptern, die Teil des Wahlbündnisses Ägyptischer Block waren, gab es Konflikte um die Wahllisten, die nicht gelöst werden konnten (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 68). Die mangelhafte interne Konsolidierung, wirkte als erhebliches verfahrenstechnisches Hemmnis. Die Verhandlungen um die Vergabe der Listenplätze seien »sehr, sehr hart«, ja »Schlachten« seien über die Verteilung der Listenplätze geführt worden (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 65; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 66). Das

ursprünglich vierzehn Parteien umfassende Bündnis schrumpfte auf drei Parteien zusammen. Die Unfähigkeit, Kompromisse einzugehen, führte letztlich dazu, dass die Konfliktfähigkeit des säkularen Lagers in dieser Frage stark geschwächt wurde. Die Parlamentswahlen, als erster wirklicher Test ihrer Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeiten, gingen infolgedessen verloren. Im Gegenteil: Die Polarisierung zwischen den beiden rein-säkularen Blöcken Ägyptischer Block und Die Revolution geht weiter, nahm zu. Das Erfordernis eines überideologischen Bündnisses, um eine Transition erfolgreich zu bewältigen, wurde selbst innerhalb der säkularen Opposition nicht erfüllt, geschweige denn in Kooperation mit der Muslimbruderschaft.

Auch zwischen den konkurrierenden Wahlblöcken gab es andauernde Vorwürfe und Diffamierungen über Wahlrechtsverstöße im Vorfeld der Wahlen (Ahram Online 2011h). Grund für die Konflikte sei die Unfähigkeit der Akteur*innen gewesen, realistisch einschätzen zu können, welche*r Kandidat*in auf welcher Liste am ehesten Chancen hätte, ins Parlament einzuziehen und wie man die Wahlkreise zwischen den Parteien aufteilt (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 63, 67; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 78):

»Diese Art der Verhandlungen benötigt Leute mit Erfahrung, Leute mit Bewusstsein, Leute die auch realistisch sind. Ich habe kein Problem damit, dass eine Partei, die zehn Sitze holen kann, dass diese Partei zwölf Listenplätze bekommt. Aber es geht nicht, dass eine Partei 30 Listenplätze bekommt, wenn nur zehn Plätze realistisch sind. Wieso? In den europäischen Demokratien kann es passieren, dass eine Partei mit zwei Sitzen im Parlament ein Ministerium bekommt, wegen dieser zwei Sitze. Aber es geht ja nicht, dass diese Partei fünf Ministerien bekommt. [...] Also, das benötigt Leute, die Bewusstsein haben, Realismus, Wissen und Verbindlichkeit. Wir haben einen sehr großen Mangel an Bewusstsein, nicht nur im Volk, die Politiker!« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 78)

Machtgerangel zwischen den Parteien, noch bevor die politische Konsolidierung bzw. Transition bewältigt ist und die institutionellen Reformen durchgeführt wurden, deuten sehr stark auf politische Fehleinschätzungen seitens der beteiligten Parteien hin. Die Muslimbruderschaft konnte nicht zuletzt deswegen die Wahlen für sich entscheiden, weil aufgrund der Zerwürfnisse innerhalb der säkularen Opposition eine glaubhafte Alternative fehlte. Dieses strukturelle Charakteristikum der Parteikonstellationen wirkte sich auf den gesamten Transitionsprozess in negativer Weise aus: Die andauernden Konflikte reduzierten die Legitimität der Opposition und stärkten somit die Regimestabilität (vgl. auch Przeworski 1986: 52).

Der Ägyptische Block verstand sich selbst allerdings nicht als anti-Muslimbruderschaft-Bündnis, sondern lediglich als Ausdruck einer allgemeinen religiös-säkularen Polarisierung, die auch die salafitische Partei des Licht (*hizb an-nour*) im islamischen Spektrum eingeschlossen habe (Interview – Partei der Freien Ägypter,

2016: Absatz 53). Dass die Selbstwahrnehmung an dieser Stelle nicht objektiven Tatsachen entspricht, kann mit Verweis auf die bereits verhandelte Positionierung der Freien Ägypter und der Sozialdemokraten hinsichtlich der christlichen Minderheit belegt werden (Kap. IV-10.3). Auch die Anwürfe der säkularen Opposition in Richtung der Muslimbruderschaft, ein autoritäres Ordnungssystem innerhalb der eigenen Organisation errichtet zu haben, während sie selbst plural und demokratisch organisiert seien, muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden (Kap. IV-11.3.2 & 11.6). Außerdem warfen sie der Muslimbruderschaft immer wieder vor, das Land zu ruinieren und es islamisieren zu wollen (Ahram Online 2011b; Mohammad Abdel Wahhab 2011). Die Anerkennungsverhältnisse zwischen den politischen Gegnern und ihren jeweiligen Anliegen müssen zwischen dem säkular-liberalen Block der Freien Ägypter und der Muslimbruderschaft als höchst begrenzt benannt werden.

Ähnlich, wie für interne Streitigkeiten keine Streitschlichtungsmechanismen entwickelt wurden, versäumten es die Parteien, Konfliktregulierungsmechanismen zu entwickeln, die den einzelnen Parteien zum Beispiel in verbindlicher Weise Listenplätze zuweisen konnten. Die Kompromissfähigkeit der Parteien stieß aufgrund der mangelhaft ausgebildeten organisationalen Struktur und der inhaltlich-ideologischen Polarisierung sehr schnell an Grenzen, die Bündnisfähigkeit muss als äußerst begrenzt bezeichnet werden.

Am Ende einigten sich die Parteien des Ägyptischen Blocks darauf, dass jedes Mitglied des Wahlbündnisses pro Wahlkreis nur einen Kandidaten aufstellt, und zwar »denjenigen mit den größten Erfolgsaussichten« (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 70). Es bleibt fraglich, warum dieser Modus nicht gewählt wurde, bevor das Bündnis die meisten seiner Mitglieder verlor. Thesenhaft kann hier von einem Übergewicht von Hardlinern auf allen beteiligten Seiten gesprochen werden, so dass die Verhandlungen letztlich auf Minimalkompromisse hinausliefen. Es ist plausibel anzunehmen, dass die *politische* Sozialisation in einem autoritären System großen Einfluss auf die Verhandlungen über die Verteilung der Listenplätze hatte. Zudem, und das ist offensichtlich, ist ein Kompromiss zwischen drei Parteien leichter zu bewerkstelligen, als zwischen 14 Koalitionsparteien. Die strukturelle Ausgangslage für ein Gelingen des Wahlbündnisses kann als fragil bezeichnet werden.

Gemeinsames Ziel des Ägyptischen Blocks wurde ein geteiltes Verständnis über die zukünftige Säkularität sowie »Zivilität des Staates (*madaniyat ad-daula*) und die Ablehnung eines Bündnisses mit einer religiösen Entität« (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 49; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 110; Dunne/Hamzawy 2017: 13). Dieser Slogan, die »Zivilität des Staates«, also eine Ablehnung von Militär und Religion gleichermaßen, wurde immer wieder betont und als Garant für Demokratie und in Abgrenzung zur Muslimbruderschaft und deren angeblichen *Muslimbruder-Staat* eingesetzt (Interview –

Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 35; vgl. dazu auch Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 168) (Kap. IV-13.1.2). Ähnlich wie bei der Tagammu, war auch bei den Sozialdemokraten die regelrechte Angst vor den »beiden großen Monstern« Muslimbruderschaft und salafitische Partei des Lichts aus Alexandria, die »jeden Kandidaten auffressen können«, Antrieb für dieses Bündnis (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 72). Andererseits zeigt dieses temporäre Wahlbündnis, dass die Ablehnung der Muslimbruderschaft als kleinstem gemeinsamen Nenner keine dauerhaft-konstruktive Zusammenarbeit befördert, erst recht nicht zwischen ideologisch extrem unterschiedlichen Organisationen wie der Tagammu-Partei und den Freien Ägyptern. Diese Angst bzw. Feindschaft bestimmte im gesamten Untersuchungszeitraum das Verhältnis maßgeblicher säkularer Organisationen zur Muslimbruderschaft und war mitverantwortlich für das vorläufige Scheitern des Transitionsprozesses, wie noch gezeigt werden wird.

12.1.1.2 Das Ende der Wahlbündnisse – Kampf um Macht und Einfluss

Nach den ersten Parlamentswahlen gingen die Parteien auseinander und bildeten im Parlament eigene Fraktionen. Dies wurde von den Parteien der Bündnisse so geplant und ist nicht auf die mangelhaft ausgebildeten Konfliktlösungsmechanismen zurückzuführen (Interview – Partei der Freien Ägypter, 2016: Absatz 65; vgl. Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 61, 84, 88).

Es hat Versuche in Richtung einer dauerhaften Allianz nach den Wahlen gegeben, sogar eine inhaltliche Basis bestand dafür, dies sei jedoch an mangelnder Ernsthaftigkeit mancher Neu-Abgeordneter gescheitert (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 108). Auch die Bewegung 6. April und die Dustur-Partei haben politische Bündnisse, die auf Dauerhaftigkeit ausgelegt waren, mit unterschiedlichen Begründungen explizit abgelehnt (Interview – Bewegung 6. April, 2016: 49-51; 55; Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 30-33).

Allerdings sind die Begründungen nicht frei von Widersprüchen. So schließt die Monumentspartei Bündnisse aus, weil sie sich »nicht mit der alten Politik beschmutzen« wollte – alte Parteien standen insgesamt im Verdacht, systemtreu und korrupt zu sein (Interview – Monumentspartei, 2016: Absatz 25). Sie wollte sich ihren neuen Charakter bewahren. Aufgrund der nach wie vor verbreiteten Korruption – »Politik wurde zu einem Instrument für einen exklusiven Kreis« – schmiedete die Partei aber trotzdem ein Bündnis mit der Zivilen Sozialströmung (*at-tayyar al-madaniy al-idschtimaiy*), das aus 26 neuen und alten (sic!) Parteien bestand (ebd.):

»Wir haben diese Strömung gebildet. Dann haben wir damit begonnen, unsere Ideen der Strömung einzugeben, in der Strömung gab es 26 Parteien, sowohl neue als auch alte, ok? Und wir haben begonnen, unsere Ideen zu verbreiten; bald be-

gannen die Leute, überzeugt von unseren Ideen zu sein und darüber zu debattieren. Ok?» (Ebd.: Absatz 25)

Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich die Gleichzeitigkeit neuer und alter Elemente im politischen System Ägyptens nach dem Fall Mubaraks auf und bestätigt Bayats Analyse, wonach es keinen fundamentalen Bruch mit dem alten System in Ägypten gegeben habe (Bayat 2017: 11): Patrimoniale Top-Down-Willensbildung, Korruption, neue Akteur*innen, versuchte Allianzbildungen und ein Übergewicht eines Akteurs, der die Richtung für die anderen Akteur*innen vorgibt und auch die notwendigen Ressourcen für die Steuerung besitzt, waren weiterhin charakteristisch für den politischen Prozess. Die Widersprüchlichkeit, mit der diese Allianz rhetorisch und praktisch begleitet wurde, zersetzte ihre politische Wirksamkeit und Bedeutung. Im heterogenen Parteiensystem Ägyptens blieb diese Koalition ohne nennenswerte Wirkung.

Die Bewegung 6. April hingegen, begründete als einzige ihre Verweigerungshaltung gegenüber politischen Bündnissen mit der Unvereinbarkeit ideologischer Bruchlinien in Sachfragen:

»Ja natürlich, ja natürlich! Die Ideologie der Revolutionären Sozialisten ist kommunistisch, die Dustur-Partei ist mehr oder weniger liberal orientiert, 6. April hat keine Ideologie – selbst wenn wir unsere Aktivitäten koordinieren sollten, wird es bestimmte Konflikte oder Unstimmigkeiten geben, die mit der Ideologie der Bewegung zu tun haben. [...] Und der Pluralismus (*taaddudiya*), der Pluralismus der politischen Ideen ist etwas Gutes. 6. April hat eine Idee, die Revolutionären Sozialisten haben eine Idee, die Dustur-Partei hat eine Idee – das ist Pluralismus, Pluralismus politischer Meinungen.« (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 49-51)

»Wie ich dir gesagt habe, gibt es bestimmte Dinge/eine bestimmte Sache etwa, der das ganze Volk wohlgesonnen ist und ihr zustimmt. Bei so etwas müssen wir uns alle verbünden. Aber andere Ideen, die die Bewegung 6. April hervorgebracht hat und gerne umsetzen will – es kann sein, wenn wir uns dann mit anderen koordinieren wollen, dass aufgrund der ideologischen Differenzen, unterschiedlicher Prioritäten der politischen Bewegungen oder unterschiedlicher Vorstellungen, hinsichtlich der Umsetzung, es kann dann natürlich sein, dass sie unserer Idee nicht zustimmen oder sich nicht mit uns verbünden wollen.« (Ebd.: Absatz 55)

Es klingt an dieser Stelle fast nach einer Ausrede, warum sich die Bewegung nicht auf einen gewiss komplizierten Aushandlungsprozess mit ungewissem Ausgang mit anderen Parteien eingelassen hat. Neben den widersprüchlichen Aussagen hinsichtlich der eigenen Ideologie, zeigt sich einmal mehr die zögerliche Haltung der

Bewegung 6. April, die nicht nur davor zurückzuschrecken schien, die Macht zu beanspruchen und das Regime herauszufordern, sondern auch im inneroppositionellen Ringen eine dysfunktionale Rolle spielte⁶ (Interview – Bewegung 6. April, 2016: 67, 73) (vgl. auch oben Kap. IV-11.3.1). Zwar wird die Absage an ein mögliches Bündnis mit unterschiedlichen Positionen in Sachfragen begründet, doch zugleich wird die Notwendigkeit eines Bündnisses bei Fragen herausgestellt, die das ganze Volk angehen. Die Frage, die sich hier stellt, ist politisch entscheidend, banal und betrifft im Prinzip alle oppositionellen Parteien und Bewegungen zugleich: Warum wurde ein parteiübergreifendes Bündnis, um den Demokratisierungsprozess in ihrem Interesse, im Interesse des Volkes – um in dieser Terminologie zu bleiben – voranzutreiben, nicht als ein solches, die ganze Gesellschaft betreffendes, erkannt und verfolgt? Der Zielkonflikt zwischen programmatischer Engführung (entlang bestehender Konfliktlinien), die notwendig für den Aufbau einer kohärenten Organisation ist, bei gleichzeitiger graduell notwendiger programmatisch-ideologischer Offenheit im Prozess der Organisierung, wird hier ziemlich klar. Ein Übergewicht zugunsten der eigenen ideologisch-programmatischen Identität muss konstatiert werden. Es trug letztlich zum Scheitern von übergeordneten Bündnissen bei.

Der Klassifikation von Lust/Waldner zufolge, war die Bewegung 6. April als alte, aber glaubwürdige Bewegung prädestiniert, im Verbund mit den postrevolutionären Neuen Parteien (*novice parties*) ein starkes Bündnis zu schmieden, welches die herrschenden Gruppen zu Konzessionen hätte zwingen können (2016). Die Antwort auf diese Frage blieb die Bewegung 6. April ebenso schuldig wie die Dustur-Partei. Auch dort dominierte der Wunsch nach Eigenständigkeit und dem Beharren auf dem eigenen Programm. Deswegen seien dauerhafte Allianzen nicht in Frage gekommen:

»Ich bin ein Linker. Wie will ich mich mit einem Liberalen vereinen, der überhaupt keine Steuern will? [...] Wir sind gegen einen Einparteienstaat, dann soll ich dahin gehen und eine Einheitspartei machen?!« (Interview – Dustur-Partei/Nationale Rettungsfront, 2017: Absatz 31, 33)

Die Verwendung des Begriffes der Einheitspartei verweist auf eine tieferliegende politische Aversion gegen Bündnisse. Nach Jahrzehnten der faktischen Einparteienherrschaft, scheint das Konzept politischer Bündnisse, die auf eine Bünde-

6 Maguire weist zurecht auf das Dilemma sozialer Bewegungen hin, die im politischen Prozess auf die Durchsetzung ihrer Forderungen drängen. Früher oder später stelle sich für diese Bewegungen die Frage, ob sie sich nicht selbst transformieren und zur Partei werden wollen: »On the other hand, a movement may seek to escape the strategic dilemma of dealing with existing parties by becoming a party itself [...] the new ›party of movement‹ will face a series of strategic questions that are all too familiar to the parties it seeks to replace.« (1995:201)

lung gesellschaftlicher Interessen hinauslaufen, vollkommen diskreditiert zu sein. Die Vorstellung, wonach einzelne Akteur*innen innerhalb eines Bündnisses, wie in strategischen Netzwerken, ihre Autonomie bewahren und in Sachfragen weiterhin ihre eigene Agenda verfolgen können, scheint bei sehr vielen Akteur*innen nicht existiert zu haben.

Diese Problematik ist bereits bei der Konstituierung der Parteien auf individueller Ebene verantwortlich dafür gewesen, dass sich viele Aktivist*innen eher aus der Politik zurückgezogen haben, als sich einem Parteibeschluss unterordnen zu müssen, dem sie im Zweifelsfall nicht zustimmen können, oder weil sie zugleich Mitglied eines Aktivist*innennetzwerks waren und dies für unvereinbar mit einer Parteimitgliedschaft hielten (Maguire 1995: 200f.). Ungelöste Fragen der Loyalität und Verbindlichkeit spielten sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene eine große Rolle im Transitionsprozess und beeinflussten diesen in negativer Weise (Kap. IV-11.2).

Dass aber die politisch erwünschte Pluralität vieler Akteur*innen gerade darin bestehen kann, innerhalb von Organisationen und Netzwerken heterogene Ansichten zu Sachfragen haben zu können, während weiterhin ein übergeordnetes Ziel von allen Beteiligten verfolgt wird, und dies durch die Verbreiterung des organisationalen Fundaments die Opportunitätsstrukturen zu ihren Gunsten verändert, scheint keine Rolle bei den Beteiligten gespielt zu haben oder es war ihnen nicht klar. Konsens, verstanden nicht nur als konfliktfreie Übereinstimmung, als Zusammenkommen in einer bestimmten Frage, sondern auch als konfliktiver, vielleicht strittiger Kompromiss, bei dem beteiligte Akteur*innen Zugeständnisse machen müssen, wurde in dem Sinne verstanden, dass politische Identitäten überwunden werden (sollen) – und zwar immer die der *Anderen*, der politischen Feinde – und nicht in dem Sinne, »dass die demokratische Konfrontation daraus Energie bezieht« (Mouffe 2007: 12). Umgekehrt bedeutete diese Haltung ein radikales Festhalten an der eigenen politischen Identität, die im Ringen mit dem Regime notwendig gewesen wäre.

Unverstanden blieb in weiten Teilen der säkularen Opposition, dass eine Anerkennung des politischen Gegners nicht heißt, dass der Antagonismus zwischen politischen Lagern überwunden wird, sondern dass er in eine institutionalisierte Form übergeht, so etabliert wird, dass er »mit der Anerkennung des für die Demokratie konstitutiven Pluralismus vereinbar ist« (ebd.: 17-22).

Neben den erörterten handlungsleitenden Versäumnissen, die die Parteien dazu veranlassten, den politischen Wettbewerb alleine zu bestreiten, müssen die schwache Konsolidierung der Parteien, die mangelhaft ausgebildeten und ausgearbeiteten politischen Identitäten und Programme sowie die ungenügende politische Legitimität als Gründe für die mangelhaft ausgebildete Bündnisfähigkeit der Parteien benannt werden. Ohne eigenes politisches Profil, waren sie nicht in der Lage, in Verhandlungen mit anderen Parteien, konsistente politische Posi-

tionen zu artikulieren und zu vertreten (Kap. IV-10.2 & 10.4). Die Angst, die gerade errungene Autonomie wieder zu verlieren, Unsicherheit, was die eigene organisationale Stärke, Position sowie Durchsetzungsfähigkeit in einem langfristigen Bündnis angeht, machte diese mögliche Erweiterung von POS zunichte.

Ein weiteres Problem der Bündnisbildung lässt sich als parteiinternes Elite-Basis-Problem beschreiben bzw. als Mangel an innerparteilicher Demokratie, der sich aber direkt auf das Verhältnis zu anderen Parteien auswirkte (Kap. IV-11.4): An den Verhandlungen über dauerhafte oder temporäre Bündnisse waren in der Regel die Entscheidungsträger*innen aus Politbüro oder Parteivorstand beteiligt, die ihr Handeln aber nicht an kollektive Entscheidungen der Parteibasis koppelten. Die Parteivorstände gestalteten ihre Handlungen und Entscheidungsfindungsprozesse nicht nachvollziehbar für die Basis, so dass es dort zur Ablehnung getroffener Entscheidungen kam (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 76). Die auf diese Weise entstehenden Wahlbündnisse standen von Beginn an in der Kritik der eigenen Mitglieder, weil sie kaum innerparteilich legitimiert waren und folglich an denselben undemokratischen Mängeln litten, wie die Parteien selbst.⁷ Politische Willensbildung lief weiterhin von oben nach unten und überging in vielen Fällen den Willen der Mitglieder.

Außerdem hatte die mangelhaft ausgebildete Bündnisfähigkeit nicht nur mit Versäumnissen der Parteien oder einer Pfadabhängigkeit sozialer Organisation zu tun, sondern mit Taktiken des Regimes, die darauf abzielten, vorhandene Risse innerhalb der Opposition zu seinen Gunsten auszunutzen sowie den Rhythmus der Transition vorzugeben. Ein durchaus übliches Vorgehen in einem Transitionsprozess. Regime, die unter Druck geraten, setzen materielle wie immaterielle Ressourcen ein, um die Bewegung zu spalten und ihr so das Momentum zu nehmen (Lust-Okar 2004).

Drittens, und dieser Punkt ist essentiell bei der Betrachtung und Bewertung des Transitionsprozesses, gab es – so paradox das klingen mag – auf Seiten der Opposition unterschiedliche Perspektiven darüber, wer das Regime überhaupt repräsentiere und was es beabsichtige (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 66, 70). Daraus resultierten schwere Konflikte innerhalb der Opposition und erschwerten die Bündnisbildung immens. Die Interpretation der revolutionären Situation muss gar als eigene polit-identitäre Konfliktlinie innerhalb des Transitionsprozesses bezeichnet werden. Exemplarisch dafür kann der bereits zitierte Konflikt innerhalb der Sozialistischen Volksallianz über die richtige Nähe/Distanz zur Muslimbruderschaft und die Abspaltung der Tagammu infolge dieses Konflikts gewertet werden.

Zudem stand oftmals die Frage im Raum, ob bestimmte Parteien als revolutionär und damit gegen das Regime eingestellt angesehen werden, oder aber, ob

7 Zum Problem horizontaler und vertikaler Elitenintegration, vgl. Kaltwasser (2015: 721f.).

sie als reaktionär und damit konterrevolutionär einzustufen seien. Die mangelhaft ausgebildete politische Identität vieler Organisationen, spielte bei diesem Konflikt sicherlich eine große Rolle:

»Ich denke, dass dieser Streit, also die Frage wie revolutionär oder reaktionär jemand ist und welche Prioritäten hinsichtlich der Revolution Du hast, ob Du ein wenig konservativ, aber zugleich für die Revolution bist, oder fortschrittlich gesinnt, aber für den Staat – dieser Streit hat eine Einigung [hinsichtlich Bündnissen] sehr erschwert, auch unter Leuten, wir zum Beispiel, die sich über das Ziel einig sind.« (Ebd.: Absatz 108)

Zudem hatte die Verwirrung in dieser Frage mit der ambivalenten Rolle der Muslimbruderschaft zu tun, der größten zivilgesellschaftlichen Organisation in Ägypten. Auch die Rolle des SCAF und die Bewertung des Rücktritts von Mubarak spielten in diese Problematik hinein: Genoss der SCAF zunächst große Anerkennung im Land – ganz im Gegensatz zur verhassten, für ihre grausame Folter bekannten Polizei – so richtete sich die Wut im Laufe der Jahre 2011 und 2012 mit zunehmender Repression gegen ihn.

Diese Schilderungen zeigen deutlich den umkämpften Charakter der Revolution und den Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse innerhalb der säkularen Opposition auf, der sich wiederum auf die Handlungsoptionen der Parteien auswirkte. Unabhängig von der Beurteilung, ob der Rücktritt Mubaraks eine (einernehmliche) strategische Entscheidung des Regimes war oder aus intraelitären Konflikten resultierte, stellte die Entscheidung der oppositionellen Parteien, im Laufe des folgenden Transitionsprozesses nur kurzfristige Wahlallianzen einzugehen, einen strategischen Fehler dar, den das Regime für sich zu nutzen wusste, wie die weiteren Analysen zeigen werden.

12.1.2 Informale Koordinierung

Ein Strukturmerkmal des vorrevolutionären neopatrimonialen Systems war die Informalität politischer Prozesse in Form von Abmachungen, Kooptationen und einem »Netz personaler Beziehungen« (Pawelka 1985: 29). Diese Elemente dienten dem Staatsapparat als Regulierungsmechanismen, die die Beziehungen zwischen Herrschaftseliten und Gesellschaft regelten (Kap. 1-2.3.1).

Insbesondere das Instrument informaler, persönlicher Netzwerke wurde, wie bereits in anderen Zusammenhängen gesehen, nach dem Sturz Mubaraks immer wieder von den politischen Akteur*innen eingesetzt, um politische Gewinne zu erzielen und ihre eigene Position in den jeweiligen Parteien und Netzwerken zu sichern (Erdmann/Engel 2006: 19).

Dies wirkte sich auf die Bündnisbildung aus, die oft auf informale Weise angegangen wurde. Auch die Struktur der neuen Organisationen trug zu einer Verstär-

kung des informalen Elements bei: Da es, anders als bei strategischen Netzwerken, keine übergeordnete Entscheidungs- oder Koordinierungsgremien gegeben habe, habe man sich am Telefon oder persönlich verabredet. Langfristige Bündnisse seien dadurch verunmöglicht worden, kurzfristige – anlassbezogene – Absprachen, die manchmal nur in gemeinsame Aktionen mündeten, funktionierten hingegen gut (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 59; Interview – Gerechtigkeitspartei, 2016: Absatz 9).

Informale ad-hoc-Bündnisse zwischen verschiedenen studentischen Vereinigungen und Gruppierungen, aber auch mit der Bewegung 6. April oder sozialistischen Vereinigungen, waren durchaus üblich. Auf dem Tahrir selbst sei so etwas allerdings nicht möglich gewesen, da die Ereignisse, der ständige Gegendruck des Regimes jegliche Chancen, »zusammenzusitzen«, um Allianzen zu planen, zunichte gemacht habe (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 52; Interview – Uni Cairo Aktivist, 2017: Absatz 35).

Koalition der Jugend der Revolution (*itilaf shabab ath-thawra*) war ein solcher Versuch, langfristige Koalitionsbildung über verschiedene Organisationsformen (soziale Bewegung, studentische Zusammenschlüsse, Parteien) und Politikverständnisse hinaus zu formen. Doch gerade die übergroße Heterogenität hinsichtlich des Politikverständnisses (z.T. anarchische, aktivistische *street politics* vs. formale Politik) und die mangelnde politische Legitimität resultierten in einem Verpuffen dieses Ansatzes, auch weil die Beteiligten es nicht vermochten, die divergierenden Interessen zu integrieren. Darüber hinaus wirken auch hier Personalismus und Top-Bottom-Struktur als Strukturmerkmal des politischen Systems hemmend auf die Entwicklung eines eigenständigen politischen Profils. Im Falle der Koalition der Jugend der Revolution wurde bald Vieles auf die Unterstützung al-Baradeis Kandidatur zugeschnitten – der von Aktivist*innen z.T. als Heilsbringer, »Erlöser« dargestellt wird (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 62; Ghonim 2012: Kapitel 2). Im Ergebnis entstand ein Missverhältnis zwischen al-Baradeis persönlichen Zielen und denjenigen der Bewegung – so als ob die Bewegung nur existierte, um ihn zu unterstützen und nicht, um ein demokratisches System zu implementieren (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 8; 46; Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 54).

Im Parlament setzte sich die Politik der informalen Bündnisse fort. Die drei Parteien des Wahlbündnisses Ägyptischer Block, Freie Ägypter, Sozialdemokraten und Tagammu-Partei, haben bis zum 30.06.2013 mit weiteren säkularen Parteien informell zusammengearbeitet und dort die Front gegen die Muslimbruderschaft und die Partei des Lichts gebildet (Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 90):

»Das ist passiert [Bündnis], ohne dass wir ein Block waren. Die Sozialdemokraten, die Freien Ägypter, Partei der Würde (*hizb al-karama*), Tagammu, Freies Ägypten

(*misra al-hurriya*)⁸, Gerechtigkeitspartei, alle die da waren und die Unabhängigen – wir alle waren ungefähr ein Block. Weil wir alle waren wie viele? Wir waren ungefähr 25 % [der Abgeordneten], unsere Anzahl war sehr gering, also hatten wir gar keine Wahl, als eine Fraktion/Block zu agieren. Im Parlament waren die Muslimbrüder und Salafiten sehr feindselig, sehr feindselig. D.h. in dieser feindseligen Atmosphäre hatten wir gar keinen anderen Weg, als uns zu vereinigen. Es war nicht nur der Ägyptische Block, nein wir haben jeden eingeschlossen, der da war. D.h. Sozialistische Volksallianz, Partei der Würde, und alle Parteien, die anwesend waren – wir haben sie auch inkludiert. Wir saßen an der gleichen Stelle im Parlament, wir haben zusammen gegessen, haben uns zusammen bewegt, wir waren eine Gruppe. Also das war so, ja.« (Ebd.: Absatz 88)

Bereits ab Anfang 2012 zeichnet sich also ein Muster ab, das den Transitionsprozess in den kommenden eineinhalb Jahren maßgeblich bestimmen sollte: Die säkulare Opposition positioniert sich über ideologische Grenzen hinweg geschlossen gegen die Muslimbruderschaft, so als ob letztere zur Regimekoalition gehören würde. Die weitere Analyse wird zeigen, dass die Konflikt- und Bündnisfähigkeit der säkularen Opposition im Sinne des Contentious-Politics-Ansatzes immer dann gut war, wenn es um institutionalisierte oder nicht-institutionalisierte Formen des Ringens *gegen die Muslimbruderschaft* ging. Eine überideologische Allianz mit der Muslimbruderschaft, die das Potential gehabt hätte, die Regimekoalition mit dem SCAF an der Spitze zu Fall zu bringen, kam zu keinem Zeitpunkt zustande.

Stattdessen zeigte sich, dass in unterschiedlichem Ausmaß informale »Koordinationen« (*tansiïq*) zwischen verschiedenen Parteien stattgefunden haben (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 43; Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 135-136; Interview – Uni Cairo Aktivist, 2017: Absatz 31). Die theoretisch hergeleiteten Kriterien für den Zusammenschluss in Form einer Netzwerkorganisation zeigen sich zum wiederholten Male als überkomplex für die vorliegende Situation. Ein konstruktives Agieren in Form von gemeinsamen Politikmaßnahmen fand in der Regel nicht statt. Das informale Zusammengehen basierte einzig auf dem Feindbild Muslimbruderschaft. Dies führte letztendlich zu einer Vertiefung ideologischer Gräben und der radikalen Polarisierung zwischen beiden Lagern.

12.1.2.1 Die Präsidentschaftswahlen von 2012

Auf Aktivist*innenebene gab es informelle Versuche, die zumindest ansatzweise darauf hinausliefen, Kräfte dauerhaft in einer gemeinsamen Praxis zu bündeln, so auch im Vorfeld der ersten freien Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 95, 113). Doch ähnlich den Versuchen zwischen den

8 Partei des Politologen Amr Hamzawy.

Parteien, muss hier zumeist von höchst informellen Ansätzen gesprochen werden, denen letztlich die Verbindlichkeit fehlte.

Denn auch hier zeigte sich, dass die Konsensfähigkeit der beteiligten Akteur*innen enge Grenzen aufwies: Um die Chancen des revolutionären Lagers bei den Wahlen zu erhöhen, drängten säkulare Aktivist*innen *und* einige Parteien die aussichtsreichen und prominenten oppositionellen Kandidaten Hamdin Sabbahi (Partei der Würde), Khalid Ali, Abdel Monem Abul Futuh (Partei Starkes Ägypten) und Mohammed al-Baradei (Dustur-Partei), sich auf einen Kandidaten aus ihrer Mitte zu einigen, der dann gegen Mohammed Mursi, den Kandidaten der Muslimbruderschaft, und gegen Ahmad Shafiq, den Mann des alten Regimes in der ersten Wahlrunde antreten würde (Shukrallah 2013b). Allein, sie konnten sich nicht einigen, Konkurrenzdenken und Egoismen überwogen:

»Wir hatten mehrere Sitzungen/Die Leute, die gesagt haben, dass sie bis zu einem gewissen Grad Revolutionäre sind, etwa Hamdin Sabbahi, Khaled Ali und Abul Futuh. Alle drei haben sich zur Wahl gestellt, was merkwürdig war. Wir haben monatelang als Bewegung 6. April und Ahmad Maher [Vorsitzender der Bewegung 6. April] mit ihnen gesprochen: Bitte wählt einen unter Euch aus, wir küssen euch die Hand [also: bitte macht das so!]; das bringt nichts, ihr zersplittert die Stimmen. Einigt Euch! Aber sie wollten nicht, jeder von ihnen wollte Präsident werden.« (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 77)

Die drei Kandidaten – ohne Mohammed al-Baradei – versammelten in der ersten Wahlrunde 11 Millionen Stimmen auf sich, die zum Einzug in die Stichwahl gereicht hätten. Sabbahi und Abul Futuh verweigerten dem Ergebnis die Anerkennung und sprachen von Wahlbetrug, der angeblich durch die Muslimbruderschaft und den SCAF begangen wurde (Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 80-81; Deutsche Welle 2012b; The Carter Center 2012: 9f.). Dies lässt sich nicht verifizieren, doch ist etwa erwiesen, dass auf Wählerlisten entgegen gesetzlicher Bestimmungen Soldaten und andere Beamte auftauchten, mutmaßlich, um dem Regimekandidaten Shafiq mehr Stimmen einzubringen.⁹

Um ein vorzeitiges Ende des revolutionären Prozesses zu verhindern, rief die Bewegung 6. April einige Tage vor der Stichwahl zwischen Mursi und Shafiq ihre Anhänger*innen dazu auf, für Mohammed Mursi zu stimmen (Ikhwanweb 2012a). Auf diese Weise wollten sie einen Sieg des Regimekandidaten Shafiq verhindern, so Ahmad Maher, Führer der Bewegung: »We were left with no choice ... Shafiq's success would have symbolised the end of the revolution. [...] We made the choice [to back Morsi] given the circumstances« (Shukrallah 2013b).

9 In Ägypten dürfen diese Gruppen nicht wählen gehen, um auf diese Weise ihre Loyalität zum Staat und nur zum Staat zu garantieren, vgl. dazu Deutsche Welle (2012a).

Allerdings wird auch eingeräumt, dass die Bewegung 6. April keinerlei echte Entscheidungsbefugnis in der Frage der Kandidatur hatte – und dass sie zu wenig Druck auf die säkularen Kandidaten ausgeübt haben, nur einen aus ihrer Mitte auszuwählen (*Interview – Bewegung 6. April, 2016: Absatz 97*). Indirekt wird damit auch die Legitimität der Bewegung angesprochen: Den Aktivist*innen und Parteien stand in dieser Frage das Druckmittel der öffentlichen Unterstützung des jeweiligen Kandidaten zur Verfügung, mit dessen Entzug sie im Falle einer fehlenden Einigung drohen konnten. Das Versäumnis oder Scheitern der Bewegung, die angehenden Kandidaten zu einem Kompromiss zu zwingen, kann an dieser Stelle auch als mangelnde Durchsetzungs- und damit Konfliktfähigkeit interpretiert werden. Zwar scheiterte der Vorschlag, der von Aktivist*innenseite im Raum stand, demzufolge alle drei Kandidaten gemeinsam als präsidentialer Übergangsrat regieren sollten auch am Widerstand des wohl prominentesten Kandidaten, Mohammed al-Baradei, weil er der Meinung war, dass sich zunächst Parteien und Interessenvertretungen konstituieren müssten (die es zu diesem Zeitpunkt schon gab), jedoch würde es zu weit führen, dies als einzigen Grund zu benennen:

»[...] There was one day, I remember very well, a Friday, where al-Baradei was coming to the square, and he was supposed to get on the stage, and we had meetings over meetings over meetings, we had like four meetings a day at some point discussing and lobbying with all the different groups, we are going to present a presidential triumvirate: al-Baradei, Abul Futuh, who would be representative of the Islamists without being too much of an Islamist, al-Baradei and Sabbahi. Al-Baradei, Abul Futuh, and Sabbahi. So you have the diplomat, you have the leftist, and you have the Islamist. Al-Baradei turned around half way and left, and said ›no, I'm not doing it.« (Interview – Tahrir Aktivist, 2017: Absatz 64)

Darüber hinaus ist es plausibel anzunehmen, dass al-Baradei seine persönliche Präsidentschaftskampagne, die großen Zulauf von jungen Menschen genoss, nicht opfern wollte. Die bereits bei der Vernetzung von Bewegungen beobachtete Elitenkonkurrenz wirkte sich an dieser Stelle hemmend aus. Bedenkt man den hohen Grad von Personalismus in der ägyptischen Politik und ihre Abhängigkeit von großen Namen, wirkt dies umso plausibler.

Zumindest symbolisch wäre die Legitimität eines solchen Regierungsrats, der auf dem Tahrir-Platz zwischen al-Baradei, Abul Futuh und Sabbahi geschlossen wird, nicht hoch genug einzuschätzen gewesen.¹⁰ Im Ringen mit dem SCAF und der Muslimbruderschaft hätte dies den Vorsprung der Regimekoalition an materiellen und immateriellen Ressourcen gegenüber der disparaten Protestbewegung

10 Mit der Fairmont-Vereinbarung, die nur einige wenige Tage vor der Vereidigung Mursis zwischen verschiedenen oppositionellen Parteien geschlossen wurde, kam man diesem Ideal zumindest sehr nah (Kap. IV-13.1).

zumindest herausgefordert und den zwischen Muslimbruderschaft und SCAF ausgehandelten informellen Deal in Frage gestellt. Doch dazu kam es nicht.

12.2 Zwischenfazit

Die Analyse der Anerkennungsverhältnisse hat ein Überwiegen spannungsgeladener Dynamiken gezeigt. Die Konflikte waren jedoch weniger programmatischer oder ideologischer Art (zumindest was das Binnenklima der säkularen Akteur*innen angeht), sondern drehten sich zumeist um Fragen der Machtverteilung etwa in prospektiven Allianzen. Eine Polarisierung zwischen Parteien aus dem rechten Spektrum und Parteien aus dem linken Spektrum war erwartungsgemäß vorzufinden. Nach den Parlamentswahlen agierten die Parteien im Parlament sogar als Einheit, ohne dies zu formalisieren oder inhaltlich zu unterfüttern. Hier zeigt sich, dass die Muslimbruderschaft – ähnlich wie bei der Konstituierung politischer Identitäten – als Projektionsfläche und Katalysator für die säkularen Parteien fungierte, ohne jedoch diese zu konstruktiven Allianzen zu bewegen. D.h. das Feindbild Muslimbruderschaft wirkte nur auf einer eher apolitischen Ebene moralischer Abgrenzung und Polarisierung.

Hinzu kommt, dass die Frage nach politischer Integrität und möglicher politischer Bündnispartner*innen eine übergeordnete Rolle spielte und zu Konflikten führen konnte. Die Wochen und Monate nach der Revolution waren bei vielen Bewegungen und Parteien – unbesehen aller organisatorischen und programmatischen Mängel – geprägt vom Wunsch nach neuen Formen der Politik, nach einer Überwindung der allgegenwärtigen Korruption und Vetternwirtschaft und einer neuen Transparenz und Eigenständigkeit im Denken und Handeln.

Nicht zufällig war deshalb die Forderung nach organisationaler Autonomie, Pluralismus und politischer Konkurrenz immer wieder Gegenstand der Überlegungen. Breite Bündnisse, lagerübergreifende Allianzen, vielleicht sogar mit der Muslimbruderschaft, wurden kategorisch abgelehnt. Im Ergebnis allerdings führte dies nicht zu einem pluralen System, zu einer Organisation von Konsens oder einer institutionell regulierten Form von Konflikt, sondern zu einem fraktionierten, fragmentierten Nebeneinander multipler Akteur*innen, die einer Bündelung ihrer Kräfte eher ablehnend gegenüberstanden. Die Konfliktfähigkeit des säkularen Lagers blieb aufgrund dieser naiv-idealistischen Auffassung von Pluralismus schwach. Es wurde kein Verständnis für die politische Notwendigkeit von Bündnissen entwickelt, in denen die einzelnen Akteur*innen ihre Autonomie bewahren. Etwas überspitzt ausgedrückt: Viele Protagonist*innen verwechselten Pluralismus mit Beliebigkeit und Kompromissfähigkeit mit Schwäche.

Kurzfristige Wahlallianzen, informelle ad-hoc-Bündnisse und gelegentliche, ereigniszentrierte gemeinsame Aktionen waren deshalb das regelmäßige Mittel

der Wahl. Weder die Kriterien für sachbezogene Kooperationen (single/multiple issue cooperation) noch diejenigen für strategische Netzwerke konnten folglich erfüllt werden. Die Akteur*innenkonstellationen blieben fragil, langfristige Perspektiven konnten sich aufgrund von Konflikten um die politische Ausrichtung der Zusammenarbeit nicht etablieren.

Doch diese zumeist auf kurzfristige Ziele ausgelegten Allianzen scheiterten an strukturellen Defiziten, die z.T. mit dem neopatrimonialen Erbe der Mubarak-Zeit eng verknüpft waren: Kooptation von Listenkandidaten, Elitenkonkurrenz sowie für die Basis intransparente Entscheidungsfindungsprozesse der Parteieliten führten zu schweren Konflikten in den fragilen Allianzen, die zu ihrem Zerbrechen führen konnten oder sogar zu Parteispaltungen. Neben dem Mangel an inhaltlichen Auseinandersetzungen war ein Mangel an öffentlicher politischer Kommunikation festzustellen. Die Akteur*innen versäumten es, den Fortgang des politischen Prozesses sowohl einer breiteren Öffentlichkeit als auch den eigenen Anhänger*innen und Mitgliedern zu erläutern. Zum Teil lag dies allerdings an den mangelnden Ressourcen der neuen Parteien. Gegenüber dem Regime oder auch der Muslimbruderschaft waren sie hier klar unterlegen.

Insgesamt lässt sich das auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtete Akteur*innenhandeln als kontraproduktiv für die Bündnisfähigkeit der säkularen Parteien bezeichnen; die Versuche, die Kräfte zu vereinen blieben rudimentär, jede*r war auf seinen eigenen Erfolg konzentriert – ohne das große Ganze im Auge zu behalten. So litten die kurzlebigen Allianzen an denselben Defiziten wie die Parteiapparate selbst: Wenig Inhalte, organisational schwach, von Konflikten und Konkurrenzdenken gezeichnet. Eine Verschiebung der Opportunitätsstrukturen durch strategisches Handeln zugunsten der Opposition blieb zumindest bis Herbst 2012 und dem Beginn der Mobilisierung gegen die Regierung der Muslimbruderschaft in weiter Ferne. Erst als sich im säkularen Lager die (vorgeblichen?) Befürchtungen vor einer dauerhaften Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft und einem (angeblichen) Umbau des Staates in deren Sinne ausbreiteten, erhöhte sich die interne Bündnisfähigkeit des säkularen Lagers – mit verheerenden Konsequenzen für den Transitionsprozess und das politische System.

